

13.02.2014 - Dr. Reinhold Dankel: Rede zum Haushalt 2014



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wen interessieren eigentlich die abstrakten Zahlenwelten im städtischen Haushalt, die ja sogar die Kolleginnen und Kollegen hier bei der vierten Haushaltsrede ermüden lassen. Sind nicht schon alle wichtigen Zahlen genannt, ist nicht schon alles gesagt, nur eben noch nicht von jedem? Was soll denn dann der Bürger damit anfangen? **Dem Bürger interessiert jedes Schlagloch mehr als schöne Zahlen.**

Nun, Politik lebt davon, dass unterschiedliche Meinungen zu gleichen Sachfragen zusammen gebracht werden müssen. Lassen Sie mich die Position der Freien Wähler Steinfurt zum Haushalt 2014 vorstellen:

In der „Welt“ war am 03.12.2013 zu lesen: Die deutschen Unternehmer blicken immer zuversichtlicher in die Zukunft – ihre finanzielle Lage könnte kaum besser sein. Niedrige Zinsen in Kombination mit einer hohen Sparquote sind der Nährboden für eine steigende Inlandsnachfrage. - Die deutschen Autobauer mussten Überstunden schieben und sogar die Weihnachtsferien verkürzen. Die „Welt“ ergänzte am 06. Dezember, dass die öffentlichen Haushalte insgesamt, also Bund, Länder und Gemeinden schon in 2012 einen kleinen Überschuss von 0.1 % erzielt haben. Für die Jahre 2016 und 2017 werden gar Überschüsse von 0.5% der jährlichen Wirtschaftsleistung voraus gesagt. Daraus könnten wir ableiten: Es geht uns gut und auch die wirtschaftlichen Aussichten für die kommenden Jahre sind gut.

Der Bundesrechnungshof prangerte vor einigen Wochen die teuren Versprechungen im Koalitionsvertrag an und den damit verbundenen Verzicht auf einen Schuldenabbau, trotz Rekordeinnahmen durch Steuern und Abgaben. Dies belastet die öffentlichen Haushalte langfristig. Insbesondere natürlich die Kommunen, denn die stehen am unteren Ende der Einnahmenverteilung.

Für Steinfurt bedeutet das: **Weg vom Wünschenswerten - hin zum Machbaren in allen Bereichen!**

Diese Herausforderung lässt sich an wesentlichen Bereichen zeigen:

Die Position der Freien Wähler ist klar: Steinfurt ist eine attraktive Stadt in strategisch günstiger Lage im Herzen des Münsterlandes. Hier gibt es alle wichtigen Standortvorteile, **hier werden Gewerbeflächen gebraucht, hier wird bezahlbarer Wohnraum gebraucht.** Wir müssen also bedarfsorientiert Möglichkeiten zum Wohnungsbau schaffen, mit dem Ziel der Schaffung von Wohnraum, insbesondere von kleineren Wohnungen für Senioren und Singles.

Doch reichen Wohnraumangebote alleine aus um Steinfurt im Wettbewerb mit umliegenden Kommunen attraktiv und zukunftsfähig zu machen? Steinfurt steht gut da. Bei uns gibt es schon alles von der Kleinkindbetreuung über ein breites Bildungsangebot, Schwimmbäder, reichlich Naherholungsmöglichkeiten bis hin zu Seniorenbetreuung in den unterschiedlichsten Facetten. **Für die Zukunftsfähigkeit müssen auch die Rahmenbedingungen für Investoren verbessert werden.**

Spielplätze sind ein wichtiges Element in der Struktur unserer Wohnquartiere. Für unsere Kinder ein Ort der Begegnung und Entspannung, aber auch für die etwas reiferen Generationen. Auch in diesem Bereich sind große Investitionen lohnend. Unser Antrag „Ansatz für Reparatur und Neuanschaffung um 29.000 € erhöhen“ wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Schullandschaft verändert sich erheblich. Das Schulsystem ist im Wandel. Als Schulträger müssen wir vor Ort unseren Kindern **optimale Voraussetzungen zum Lernen** schaffen. Die FWS-Position ist eindeutig, als Schulstadt müssen wir alle Schularten vor Ort anbieten, einschließlich der neuen Sekundarschule. Investitionen für Kinder sind Investitionen in die Zukunft. Schließlich sind sie die nächste Generation, die künftig diese Stadt und dieses Land gestalten soll.



Angebote für Senioren müssen verstärkt geschaffen werden. Dazu zählt nicht allein der Bereich Wohnen und Betreuung. Dazu zählen auch Einkaufsmöglichkeiten, regelmäßig öffentlicher Personennahverkehr, Begegnungsmöglichkeiten und generationenübergreifendes Zusammenleben. Diese Faktoren müssen bei allen Planungen für Infrastrukturmaßnahmen und bei Baugebieten sehr viel stärker berücksichtigt werden.

Aber Steinfurt besteht nicht nur aus bebauter Fläche. Mindestens ebenso wichtig sind die Wiesen, Felder und Wälder um uns herum. In der Bauernschaft Veltrup ist ein „neues Dorfgebiet“ geplant – ein Campingstandort - geplanten Mobilheime sollen dauerhaft bewohnt werden. Die Mehrheit der Steinfurter Bevölkerung, die Naturschutzverbände und die Landwirtschaftsverbände lehnen diesen hier **in Veltrup unsinnig geplanten Campingplatz** ab. Die ganzen Planungen, die angeblich kostenneutral sind, verschlingen Arbeitskraft und verursachen Kosten. Es fließt aber kein Geld dafür in die Stadtkasse. Und im Endeffekt wird es wie mit dem Bagno-Hotel ausgehen: außer Kosten nichts gewesen. Das Geld hätten sie besser in die Wohnmobilstellplätze „gesteckt“. Besonders der Stellplatz hinter dem Rathaus ist in der Realität und in der Bewertung ein Trauerspiel. Hier könnten sie mit wenig Geld die „Camping-Attraktivität“ steigern.



In den letzten Tagen konnten unsere Bürgerinnen und Bürger in ihren Abgabenbescheiden erkennen, dass der von den Freien Wählern seit Jahren geforderte **Ausstieg aus dem Müllwiegesystem** zum 31.12.2013 für sie ein finanzieller Erfolg ist. Auch wenn es organisatorisch erhebliche Umstellungsprobleme gab und zum Teil noch gibt, haben wir eine Kostenersparnis für unsere Bürger schon durch die Veranlagung von z.Zt. 600.000 Euro.

Die Müllgebühren könnten wie in fast allen umliegenden Gemeinden weiter gesenkt werden. Und das ist ein Verdienst der FWS. Lange Jahre haben wir uns für den Ausstieg eingesetzt, so wie wir uns seit der Einführung der Sportstättennutzungsgebühr gegen diese aussprechen.

Wir setzen damit ein **klares Zeichen für den Sport und für das Ehrenamt**. Unser Antrag „Abschaffung der Sportstättennutzungsgebühr“ wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Wir werden uns aber weiterhin gegen diese Gebühr aussprechen. Ich gehe davon aus, dass wir hier kurzfristiger einen Erfolg erzielen können und nicht so lange warten müssen wie beim Wiegesystem. Ich freue mich schon auf die CDU, wenn diese bei der Abschaffung der Sportstättennutzungsgebühr wie beim Wiegesystem verkünden wird: Wir waren immer dagegen und haben durchgesetzt, dass sie abgeschafft wird.

Ein besonderer Fall ist die **Sportplatzsituation SV Wilmsberg**. Der SV Wilmsberg muss so gestellt sein wie die übrigen Vereine, die die städtischen Sportanlagen benutzen. Das trifft auch für die Beregnungsanlage am Waldstadion zu. Unser Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Weitere **Kosteneinsparungen** sind notwendig: Wir müssen die energetische Optimierung öffentlicher Gebäude weiter verfolgen. Im Bereich der Straßenbeleuchtung sollten wir mit der Umstellung auf LED Leuchten dauerhaft die Betriebskosten senken und damit den Verwaltungshaushalt entlasten.

Wir müssen auch die erhebliche Anzahl von **Ingenieur- und Gutachterleistungen** überprüfen und kritisch das Kosten-Nutzen Verhältnis beleuchten.



Schon im Haushalt 2012 haben wir gefordert, die Verwaltung solle bei städtischen Baumaßnahmen immer ein alternatives kostengünstigeres Angebot vorlegen unter Verringerung der Standards. Was ist bisher passiert – nichts!

Wir haben am 05.11.2012 beantragt, die Verwaltungsvorlagen zur Erhebung von **Anlieger-und/oder Erschließungsbeiträgen** zu ergänzen. Der jeweiligen Vorlage wird eine Matrix beigefügt, aus der die Gesamtkosten sowie die Kosten für die einzelnen Fertigstellungsmerkmale, zuzüglich der sonstigen Kosten z.B. Kanalarbeiten, Arbeiten für Dritte der jeweiligen Erschließungsanlage ersichtlich sind. Nur so werden Abweichungen gegenüber der Planung der Maßnahmen klar, also eine wirkliche Kostenkontrolle. Was ist bisher passiert – nichts!

Zu den Gebühren allgemein: Es ist das Bestreben jeden Kaufmanns ausstehende Gelder in den Betrieb zu bekommen. Wenn ich das Arbeitsprogramm 2014 Fachbereiche – planen, bauen und betreiben - Erschließungsbeiträge und Straßenausbaubeiträge sehe, ist dieses Bestreben hier im Hause nicht sehr groß. Nur zwei Beispiele: Straßenausbaubeiträge Laerstraße und Sandweg:

Laerstraße = fertig gestellt 2009 – geplante Abrechnung 1. bis 4. Quartal 2014

Sandweg = fertiggestellt 2009 – geplante Abrechnung noch nicht mal in 2014

Im Weiteren möchte ich mich mit unserem aktuellen Großprojekt befassen, mit der neuen **Feuerwache in Borghorst**. Auf Vorschlag der Verwaltung haben wir uns für den alten Standort am Bahnhof entschieden.

Die Grundlage für unsere Entscheidung vor 2 Jahren war der **Brandschutzbedarfsplan**, der auf Daten von 2006 beruht. Dieser Brandschutzbedarfsplan hätte bereits wegen eingetretenen Änderungen im Jahr 2009 fortgeschrieben, turnusmäßig aber spätestens 2012 erneuert werden müssen. Die neue Fernsteuerung der Eisenbahn Münster – Enschede von Coesfeld aus, ist nicht berücksichtigt worden, obwohl dem Rat seit 2008 bekannt ist, dass die Schließzeiten der Bahnübergänge Münsterstraße und Westfalenring regelmäßig 4 Minuten betragen.



Doch dieser Plan wurde bisher nicht angepasst. Für uns steht fest, dass bei einer Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplans eine weitere Feuerwache „Borghorst Süd“ zwingend vorgeschrieben wird. Der Regierungspräsident wird auf die Einhaltung des Rettungs- und Hilfeleistungsgesetzes und den Qualitätskriterien für die Bedarfsplanung von Feuerwehren bestehen. Danach müssen von einer Freiwilligen Feuerwehr 8 Min nach der ersten Alarmierung mindestens 10 Funktionen zur Menschenrettung an jedem Brandort einer Stadt einsatzbereit sein. Bei einer Berufsfeuerwehr verkürzen sich die Zeiten um jeweils 3 Min. Damit wäre selber eine Berufsfeuerwehr am Bahnhof Borghorst nicht in der Lage das Infrastrukturproblem im Ortsteil Borghorst zu lösen. Die Wache Süd wäre auch in dieser Situation notwendig.

Jetzt ist bekannt geworden, dass die geplanten Zugzahlen sich in Zukunft noch auf weit über 70 Züge am Tag erhöhen sollen.

Das wird bei einer Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplans zu „Grevener Verhältnissen“ führen. In Greven muss die Stadt je eine Wache rechts und links der Ems auf dem Stadtgebiet und zusätzlich in Reckenfeld, Gimfte und Schmedehausen vorhalten. Wir befürchten, dass der Stadt Steinfurt gleiches droht.

Aber auch für uns ist klar, dass ein neues Feuerwehrgerätehaus dringend erforderlich ist, doch kommen uns immer mehr Zweifel, ob wir mit dem Standort auskommen werden.



Der Kreis Steinfurt als Träger des Rettungsdienstes hat offensichtlich erkannt, dass die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten werden. Er gibt den Standort Neustraße auf und wird den Arzt am Krankenhaus und die Rettungswache für den RTW in Wilmsberg stationieren. Damit hat immer eines der Fahrzeuge freie Fahrt zum Einsatzort, egal ob ein Zug kommt oder nicht.

Alle diese Punkte führen bei uns zu der Erkenntnis, dass der Standort am Bahnhof in Borghorst eine Entscheidung sein könnte, die zu weiteren großen finanziellen Ausgaben für die Stadt werden wird. Daher sehen wir die Notwendigkeit der Baukostenbegrenzung für den Neubau am Bahnhof auf 4 Mio. € bezogen auf die gesamte Summe aller Gewerke.

Jetzt ist es dringend geboten, eine verbindliche Stellungnahme des Kreises und die Genehmigung der Bezirksregierung von der Verwaltung einzuholen, dass für die Stadt Steinfurt – während der Laufzeit des HSK – keine Forderungen nach weiteren Maßnahmen geben wird, also keine Forderung, eine Berufsfeuerwehr einzurichten oder weitere Wachen auf dem Gebiet der Stadt Steinfurt für die freiwillige Feuerwehr zu erstellen! Die Verwaltung sieht unsere Bedenken und diese Notwendigkeiten nicht. Wir können der eindeutigen Aussage der Verwaltung nur vertrauen. Die FWS stimmt weiterhin dem Standort am Bahnhof zu.

Kein Grund zur Freude ist auch die bereits **beschlossene Grundsteuer B – Erhöhung**



um 100 Punkte ab 2016. Das Land NRW empfiehlt aktuell den Kommunen einen Hebesatz von 413 Punkten. Wir sind in Steinfurt heute schon bei Grundsteuer B = 451 Punkte. Diese von CDU/SPD beschlossene Steuererhöhung hat für viele Familien drastische Auswirkungen. Prozentual bedeutet das eine Erhöhung von über 22 %. Alle Mieter sind ebenso betroffen wie alle Hauseigentümer. Über die Nebenkostenabrechnung werden alle Mieter an die Grundsteuer B beteiligt. Dabei wird es gerade für Familien und Geringverdiener immer schwieriger, die hohen Nebenkosten aufzubringen.

Bei Mietern, die ihre Nebenkosten nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) bezahlt bekommen, fallen diese Erhöhungen auf den städtischen Haushalt zurück. Kann das seriöses Haushalten sein? Für uns nicht.

Ein weiterer Punkt: Wie schwer haben es **Investoren in Steinfurt**? Bei externen Investoren geht es häufig schief, in Steinfurt ihre Ideen zu verwirklichen. Diese machen dann in der Zukunft einen großen Bogen um Steinfurt. Zum Glück haben wir einige duldsame heimische Investoren, die noch nicht komplett über ihre „Verwaltungsbehandlung“ frustriert sind. Herr Niewerth: Sie haben eine besondere Arbeitsart Sie sind detailverliebt und kümmern sich um jede Kleinigkeit. Diese Arbeitsstruktur ist häufig nicht gut für Steinfurt. Es wurde Ihnen schon wiederholt gesagt, sie sind nicht der Entscheider – die Entscheider sitzen im Rat!

Herr Niewerth, ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf ein Telefonat zu sprechen kommen. Sie haben mich vor ihrer letzten Wiederwahl zum Technischen Beigeordneten angerufen mit der Bitte um Fürsprache für sie in der Fraktion und der Zusage, sie wollten mittig in der Wahlperiode in den Ruhestand wechseln. Diese Aussage haben sie bei einer anderen Gelegenheit konkretisiert, sie wollten termingleich mit ihrer damaligen Mitarbeiterin, Frau Albersmann, in den Ruhestand wechseln.

Wir haben jetzt durch den Wechsel des ersten Beigeordneten Wigant im Sommer nach Unna die Möglichkeit, die seit langem von mehreren Fraktionen geforderte aber bisher stockende Verwaltungsreform im Rathaus zielgerichtet umzusetzen. Damit wird eine effektivere und sparsamere Verwaltungsarbeit gefördert. Wir benötigen neben dem Bürgermeister einen ersten Beigeordneten. Einen Technischen Beigeordneten aber nicht.
Wir benötigen einen Neuanfang im Rathaus.

Herr Niewerth, zu welchem Zeitpunkt lösen sie ihre Zusage ein?

Lassen Sie mich zum Ende dieser Haushaltsrede nochmals zusammenfassen:



...dem Bürger verpflichtet!

Wir können alle nicht in die Zukunft sehen, auf Grund der höheren Schlüsselzuweisungen geht es uns in diesem Jahr 2014 etwas besser. Wir haben aber noch kein befreites Aufatmen. Wir sehen viele Baustellen, um unsere Finanzsituationen dauerhaft zu verbessern! Alle Fraktionen stehen in einer Verantwortungsgemeinschaft für unsere Stadt Steinfurt. Leider wurden diese von den anderen Fraktionen nicht genutzt.

Deshalb stimmen wir, die Fraktion der Freien Wähler Steinfurt, dem Haushalt 2014 nicht zu.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier in der Verwaltung, den aufrichtigen Dank für ihre tägliche Arbeit auszusprechen. Insbesondere Dank der Kämmerin, Frau Melchers und ihrem Team, für die sorgfältige Vorbereitung des Entwurfes und für das Einarbeiten der Änderungswünsche der letzten Wochen. Und den Medien für ihre kritische Berichterstattung.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für ihr aufmerksames Zuhören.